

Niederschrift Nr. 8/2010 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 4. Oktober 2010 um 10:00 Uhr im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglieder SPD-Fraktion:

2. Bürgermeister Wilfrid Adam (*fehlte entschuldigt*)

Ausschussmitglied Ursula Aljets

Ausschussmitglied Holger Barkowsky

Stellv. Ausschussmitglied Hans Gabriels

Ausschussmitglied Siegfried Neumann

Ausschussmitglied Norbert Schmidt

Mitglieder CDU-Fraktion:

Ausschussvorsitzende Ursula Glaser

1. Bürgermeister Fritz Langen

Stellv. Ausschussvorsitzender Bernhard Rech

Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter (*ab 12:00h*)

Ausschussmitglied Heinz Weerda (*fehlte entschuldigt*)

Mitglieder FDP-Fraktion:

Ausschussmitglied Susanne Bauermeister

Ausschussmitglied Dr. Michael von Teichman

Mitglieder Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westerman:

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum (*fehlte entschuldigt*)

Ausschussmitglied Joachim Tjaden

Ratsmitglied Joachim Ender (*14:00h bis 15:45h*)

Ratsmitglied Gerold Tholen (*bis 12:00h*)

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ausschussmitglied Werner Biehl

Rat der Gemeinde Wangerland:

beratendes Mitglied Klaus Lammers (*fehlte entschuldigt*)

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul
Stadtkämmerer Heiko Hoff

Von den Eigenbetrieben:

Stellv. Betriebsleiterin Heike Hanseemann (SGW)
Stellv. Betriebsleiter Holger Kullik (WEB)
Stellv. Betriebsleiter Tim Menke (WEB)
Betriebsleiter Oliver Leinert (GGS)
Betriebsleiter Hubert Rüttgers (SDW)

Von der Verwaltung:

Fachbereichsleiter Arnold Preuß (13)
Fachbereichsleiter Udo Weiß (14)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)
Stellv. Fachbereichsleiter Stefan Kück (20)
Jan Hülsemann (20)
Insa Rogel (13)

Protokollführung:

Protokollführer Jörg Engesser (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 13.09.2010	
4	<u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:</u>	
4.1	Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst Altenhilfe / Marinemusikkorps-Nordsee	184/2010
5	<u>Vorlagen an den Rat:</u>	
5.1	Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst Altenhilfe / Brune Mettcker GmbH	183/2010
5.2	Jahresabschluss 2009 "Straße und Grün in Wilhelmshaven" - Entlastung der Betriebsleitung	224/2010
5.3	Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen 2007 - 2009	241/2010
5.4	<u>Antrag SPD-Fraktion:</u> Verlängerung der Arbeit des Unterausschusses	538/2010
5.5	<u>Haushalt 2011/2012:</u>	
5.5.1	Gesamtpläne	
5.5.2	<u>Teilhaushalte nach Dezernaten:</u>	
5.5.2.1	<u>Dezernat I - Oberbürgermeister Menzel:</u>	
5.5.2.1.1	Teilhaushalt 02 - Gleichstellungsbeauftragte	
5.5.2.1.2	Teilhaushalt 13 - Kommunikation & Koordination	
5.5.2.1.3	Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfungsamt	
5.5.2.1.4	Teilhaushalt 81 - Wirtschafts- und Regionalmanagement (Referat 03)	
5.5.2.2	<u>Dezernat II - Erster Stadtrat Stoffers:</u>	
5.5.2.2.1	Teilhaushalt 10 - Zentrale Dienste	
5.5.2.2.2	Teilhaushalt 30 - Recht	
5.5.2.2.3	Teilhaushalt 50 - Soziales	
5.5.2.2.4	Teilhaushalt 51 - Jugend	
5.5.2.2.5	Teilhaushalt 53 - Gesundheit	
5.5.2.3	<u>Dezernat III - Stadtbaurat Kottek:</u>	
5.5.2.3.1	Teilhaushalt 61 - Stadtplanung	
5.5.2.3.2	Teilhaushalt 63 - Bauordnung	
5.5.2.4	<u>Dezernat IV - Stadtrat Dr. Graul:</u>	
5.5.2.4.1	Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten / Öffentliche Sicherheit und Ordnung	
5.5.2.4.2	Einrichtung eines Ordnungsdienstes	254/2010
5.5.2.4.3	Teilhaushalt 36 - Umwelt	
5.5.2.4.4	Teilhaushalt 37 - Brandschutz	
5.5.2.4.5	Teilhaushalt 40 - Bildung, Kultur, Sport	
5.5.2.5	<u>Dezernat V / Sonderteilhaushalte:</u>	
5.5.2.5.1	Teilhaushalt 20 - Finanzen	
5.5.2.5.2	Sonderteilhaushalt Konzern Stadt	
5.5.2.5.3	Sonderteilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft	
5.5.3	Stellenplan inkl. Veränderungen	
5.5.4	Investitionsprogramm 2011 - 2015	
5.5.5	Übersichten	
5.5.6	<u>Wirtschaftspläne Eigenbetriebe:</u>	
5.5.6.1	Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven vom 29.06.2005 in der Fassung vom 26.11.2008	231/2010
5.5.6.2	Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 25.03.2009	232/2010
5.5.6.3	Satzung über Gebühren aus der Beseitigung von Abwässern aus Grundstücksabwasseranlagen der Stadt Wilhelmshaven vom 20.05.1987 in der Fassung vom 26.11.2008	233/2010
5.5.6.4	Wirtschaftsplan WEB 2011	235/2010

5.5.6.5	<u>Antrag SPD-Fraktion:</u> "Wiederaufnahme der Vorhaben "Sportplatz Freiligrathstraße" und "Grundstückserlös Triftweg" in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS"	535/2010
5.5.6.6	<u>Antrag SPD-Fraktion:</u> "Aufnahme der Gesamtinvestition i.H.v. 700.000€ für die Erneuerung des Sportplatzes an der Güterstraße mit 10%iger Eigenbeteiligung des Vereins in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS"	536/2010
5.5.6.7	<u>Antrag SPD-Fraktion:</u> "Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Verbesserung der Wasserqualität des Banter Sees sowie Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel"	537/2010
5.5.6.8	Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes GGS 2011	216/2010
5.5.6.9	Wirtschaftsplan 2011 der Städtischen Datenverarbeitung Wilhelmshaven	204/2010
5.5.6.10	Wirtschaftsplan 2011 Eigenbetrieb Straße und Grün	225/2010
5.5.7	<u>Wirtschaftspläne Gesellschaften:</u>	
5.5.7.1	Wirtschaftsplan 2011 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH	245/2010
5.5.7.2	Wirtschaftsplan 2011 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH	244/2010
5.5.7.3	Wirtschaftsplan 2011 der WTF GmbH	243/2010
5.5.7.4	Wirtschaftsplan 2011 der WTF-Stadtwerke GmbH	
5.5.8	Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2011	239/2010
5.5.9	Haushaltssicherungskonzept 2011	
5.5.9.1	Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung)	240/2010
5.5.9.2	Änderung der Hundesteuersatzung (Anhebung der Steuersätze)	252/2010
5.5.10	Haushaltssatzung 2011/2012	238/2010
6	<u>Mitteilungen und Anfragen:</u> keine	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, informierte über die Absetzung des Tagesordnungspunktes 5.5.7.3 (Wirtschaftsplan 2011 der WTF GmbH).

Im Übrigen wurde die Tagesordnung wie vorgetragen festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 13.09.2010

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 13.09.2010 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:

4.1 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende 184/2010 Besuchsdienst Altenhilfe / Marinemusikkorps-Nordsee

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der VA beschließt die Annahme der Spende von dem Marinemusikkorps Nordsee in Höhe von 2.000,00 € für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven.

5 Vorlagen an den Rat:

5.1 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende 183/2010
Besuchsdienst Altenhilfe - / Brune Mettcker GmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der Spende von der Firma Brune-Mettcker Druck- und Verlags-GmbH in Höhe von 3.231,12 € für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven.

5.2 Jahresabschluss 2009 "Straße und Grün in Wilhelmshaven" - 224/2010
Entlastung der Betriebsleitung

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Neumann stellte die Frage zum Verhältnis der Erträge aus Parkgebühren zu den durch die Parkraumbewirtschaftung entstehenden Aufwendungen. **Herr Dr. von Teichman** unterstrich dabei die Bedeutung dieser Frage hinsichtlich des noch zu beschließenden Haushaltssicherungskonzepts. **Betriebsleiter Kottek** entgegnete, bei der Neuerrichtung einer Parkraumbewirtschaftung entstünden zunächst einmal Investitionskosten, welche dann erst im Zeitraum der Nutzung in Form von Abschreibungsaufwand die Wirtschaftspläne belasten. Dem gegenüber stünden die jährlichen Gebührenerträge. Den jährlichen Nettoerlös könne er derzeit nur schätzen. Nähere Informationen seien jedoch im jährlichen Kostenrechnungsbericht der SGW zu finden.

Frau Aljets schlug die Umrüstung der vorhandenen Parkautomaten auf bargeldlosen Zahlungsverkehr vor. **Herr Kottek** verdeutlichte, eine solche Umrüstung stehe in keinem Verhältnis zu den Erträgen und sei somit wirtschaftlich für den Betrieb nicht darstellbar.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jahresabschluss 2009 von SGW zum 31.12.2009 wird gem. Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wibera AG mit einem Jahresgewinn in Höhe von 229.771,62 € festgestellt. Der Jahresgewinn wird in voller Höhe als Gewinnvortrag auf das Jahr 2010 übertragen und wird zur Minderung der entstandenen Vorjahresverluste verwendet. Gem. § 30 der Eigenbetriebsverordnung wird der Betriebsleitung Entlastung erteilt.

5.3 Bericht der Stadt Wilhelmshaven über Eigengesellschaften, 241/2010
Beteiligungen und Sondervermögen mit den Jahresabschlüssen
2007 - 2009

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff führte zum Beteiligungsbericht 2007-2009 aus:

- Der Bericht wurde darstellerisch im Vergleich zu den Vorjahresberichten fortentwickelt. Erstmals würden beispielsweise bei ausgewählten Beteiligungen die finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt abgebildet.
- Der Bericht enthalte die detaillierte Darstellung der Jahresabschlusssdaten aus den Bilanzen, den Gewinn- und Verlustrechnungen sowie den Lageberichten aus den Jahren 2007 bis 2009.
- Insgesamt würden 39 Gesellschaften bzw. Eigenbetriebe abgebildet, an denen die Stadt mittelbar oder unmittelbar beteiligt sei.
- Von den in das Ergebnis eingeflossenen Gewinnen entfielen auf
 - die GEW 7.381 T€,
 - den Eigenbetrieb WEB 2.751 T€,
 - den Eigenbetrieb GGS 2.738 T€,
 - die AWG 533 T€,
 - sowie auf die Jadewindenergie GmbH 319 T€.
- Erstmals in den Beteiligungsbericht aufgenommen wurde die in 2009 gegründete Jade Bay GmbH.
- Nicht im Bericht enthalten sei die Volkskochschule und Musikschule gGmbH, die Ostfriesland Tourismus GmbH sowie die Beteiligungen der gesamten RNK-Gruppe, da die Jahresabschlüsse zum Redaktionsschluss noch nicht vorlagen.

Frau Bauermeister lobte ausdrücklich die Fortentwicklung in der Aufbereitung des Berichts.

Herr Dr. von Teichman war der Meinung, der Bericht zeige deutlich auf, wie notwendig die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) für eine zentrale Steuerung des Konzerns Stadt sei. Derzeit gäbe es im Konzern nur wenige Gewinnbringer und viele Verlustbringer. Es fehle insgesamt an Steuerungsmaßnahmen und der Rat verstoße daher seiner Auffassung nach seit Jahren gegen die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO). **Herr Neumann** widersprach dieser Auffassung. Die Steuerung des Konzerns werde verwaltungsseitig durch das Beteiligungsmanagement und politisch derzeit durch den gebildeten Unterausschuss zur Umstrukturierung / Neuausrichtung im Konzern Stadt abgedeckt.

Abschließend stellte **Herr Hoff** fest, nach den Vorschriften der NGO dürften die städtischen Gesellschaften im Gesamtergebnis eigentlich keinen Verlust machen, sondern müssten einen angemessenen Überschuss erwirtschaften und diesen an den Kernhaushalt abführen. Dies sei jedoch nicht der Fall. Der jährliche Beteiligungsbericht könne hierbei nur die Aufgabe als ein Instrument zur Steuerung durch den Rat darstellen. Die Steuerung selbst jedoch müsse auch unterjährig, direkt in den Aufsichtsräten der Gesellschaften erfolgen. Das Beteiligungsmanagement könne hierbei allenfalls assistieren.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (bei Enthaltung Herrn Biehl)

Der Rat nimmt den vorgelegten Beteiligungsbericht der Stadt Wilhelmshaven mit den Jahresabschlüssen 2007 – 2009 in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

5.4 Antrag SPD: Verlängerung der Arbeit des Unterausschusses **538/2010**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Antrag der SPD-Fraktion vor und bat **Herrn Neumann** um nähere Ausführungen. Dieser erläuterte den Antrag umfassend.

Herr Langen kündigte für seine Fraktion an, sich zunächst zu enthalten und sich erst in der Sitzung des Rates am 27.10.2010 festzulegen.

Herr Dr. von Teichman nannte die bisherige Arbeit des Unterausschusses (UA) als nicht optimal, allerdings sei die Materie auch recht schwierig. Insgesamt sei in einigen wichtigen Punkten jedoch etwas erreicht. Seine Fraktion plädiere daher dafür, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Tjaden teilte mit, die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen/Westermann sei mittlerweile von der Mitarbeit im UA ausgeschieden. Dieser habe aus seiner Sicht bisher nahezu ergebnislos getagt und könne zu den Haushaltsberatungen nicht einmal einen Zwischenbericht vorlegen. Aus diesen Gründen werde er dem Antrag auch nicht zustimmen.

Herr Biehl vertrat die Auffassung, erst im UA konnten viele Detailfragen zur Umstrukturierung des Konzerns und auch zur möglichen Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts geklärt werden. Außerdem diene der UA dem Abbau von Misstrauen des Rates gegenüber der Verwaltung. Seine Fraktion werde dem Antrag daher zustimmen.

Oberbürgermeister Menzel stellte fest, der UA habe sich zunehmend von der Aufgabe der Umstrukturierung des Konzerns Stadt entfernt. Der Sinn und Zweck des Unterausschusses sei nicht mehr zu erkennen. Außerdem müsse bedacht werden, welche beträchtlichen Ressourcen innerhalb des Beteiligungsmanagements durch den UA in Anspruch genommen werde. **Stadtkämmerer Hoff** pflichtete Herrn Menzel bei. Die Sinnfrage zur Fortführung des UA müsse neu gestellt werden. Es sei zu beobachten, dass der UA sich mehr und mehr mit Fragen des operativen Geschäfts befasse. Dies könne jedoch nicht seine Aufgabe sein.

Abschließend stellte **Herr Neumann** fest, dem Rat fehle es weiterhin an Detailinformationen zur Steuerung des Konzerns Stadt. Aus diesem Grund sei die Weiterarbeit des UA nötig und er bat die Mitglieder des Ausschusses dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- (bei Zustimmung SPD/FDP, Ablehnung Herrn Tjaden, Enthaltung CDU)

„Der Unterausschuss soll seine Arbeit fortsetzen und dem Finanzausschuss / Rat bis spätestens April 2011 einen Abschlussbericht vorlegen.“

5.5 Haushalt 2011/2012:

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, erteilte einleitend Stadtkämmerer Hoff das Wort.

Herr Hoff führte aus:

- Die Verwaltung schlage erneut einen Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2011/2012 vor. Als Konsequenz hieraus musste jedoch der Finanzplanungszeitraum bis zum Jahr 2015 erweitert werden.
- Der aktuelle Stand der Beratungen zeige folgendes Ergebnis:

Defizit bis 2010	-33,2 Mio. €
Fehlbedarf 2011	-19,1 Mio. €
Fehlbedarf 2012	-15,6 Mio. €
Fehlbedarf 2013	-15,4 Mio. €
Fehlbedarf 2014	-16,1 Mio. €
<u>Fehlbedarf 2015</u>	<u>-16,3 Mio. €</u>
Voraussichtliches Gesamtdefizit zum Ende 2015:	-115,7 Mio. €
- Dies bedeute, bei einer Nettoposition von 99 Mio. € (ohne unveränderbares Basis-Reinvermögen) sei die Stadt Wilhelmshaven ohne Gegensteuerungsmaßnahmen spätestens Ende 2014 bilanziell überschuldet.
- Damit würde dokumentiert, dass eine dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt nicht mehr gegeben wäre. Außerdem läge dann ein Verstoß gegen das Überschuldungsverbot vor.
- Die Folgen einer bilanziellen Überschuldung wären Restriktionen bei der Genehmigung des Haushalts, insbesondere bei der Genehmigung von Investitionskrediten, wie auch bei der Genehmigung des Höchstbetrages der Liquiditätskredite. Die Handlungsfähigkeit von Rat und Verwaltung würde erheblich eingeschränkt werden, der Wirtschaft gingen Aufträge verloren.
- Nach heutiger Rechtslage könne eine Kommune zwar nicht Konkurs gehen, es werde jedoch bei der geschilderten Entwicklung bei den Banken Probleme geben, die erforderlichen Kredite aufzunehmen. Dies sei heute schon in Nordrhein-Westfalen zu beobachten.

Ausgehend von einem Überschuss von rd. 19 Mio. € im Jahr 2007 lägen die Ursachen für die rasante Talfahrt im Wesentlichen in folgenden Bereichen:

- Deutlich geringere Gewerbesteuererträge (von 39,7 Mio. € auf nur noch 17,0 Mio. € in 2010),
- Rasanter Anstieg der Aufwendungen für soziale Leistungen (insbesondere Eingliederungshilfe, städtischer Anteil an den Kosten der Unterkunft, Leistungen zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung),
- Leistungen der Jugendhilfe (Hilfen zur Erziehung),
- Zinsaufwendungen (durch weitere Kreditaufnahmen sowie steigende Zinssätze).

Abschließend appellierte **Herr Hoff** an die Ausschussmitglieder, angesichts dieser Umstände den von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes in vollem Umfang zuzustimmen. Nur wenn die Stadt, also Rat und Verwaltung, ihren eigenen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leiste, könne man auch mit der Unterstützung des Landes rechnen.

*Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, bat darum, zur Beratung der nun folgenden Teilhaushalte ergänzend die von der Verwaltung erstellte „Änderungsliste“ heranzuziehen. Diese enthalte sämtliche von der Verwaltung durchgeführten Änderungen seit den Klausurberatungen.*

5.5.1 Gesamtpläne

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, bat um Wortmeldungen den Gesamtergebnisplänen / Gesamtfinanzplänen zum Haushalt 2011 / 2012.

-keine Wortbeiträge-

5.5.2 Teilhaushalte nach Dezernaten:

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, kündigte an, die Teilhaushalte jeweils dezernatsweise aufzurufen und abstimmen zu lassen.

5.5.2.1 Dezernat I - Oberbürgermeister Menzel:

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief anschließend die dem Dezernats I (Oberbürgermeister Menzel) zugehörigen Teilhaushalte auf.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

5.5.2.1.1 Teilhaushalt 02 - Gleichstellungsbeauftragte

-keine Wortbeiträge-

5.5.2.1.2 Teilhaushalt 13 - Kommunikation & Koordination

-keine Wortbeiträge-

5.5.2.1.3 Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfungsamt

-keine Wortbeiträge-

5.5.2.1.4 Teilhaushalt 81 - Wirtschafts- und Regionalmanagement
(Referat 03)

Herr Neumann wies hierzu auf die Nummern 1 – 3 der Änderungsliste hin (Mittelstandsförderung, Refinanzierung der Nationalen Maritimen Konferenz, Zuschuss für das JadeBay Regionalbudget) und signalisierte für alle 3 Punkte die Zustimmung seiner Fraktion.

Herr Dr. von Teichman meinte, es fehle in allen 3 Punkten an Detailinformation. Daher könne seine Fraktion hier nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Menzel teilte mit, die von Seiten der Stadt aufzubringenden 100.000 € für die Nationale Maritime Konferenz (NMK) werde aus dem Budget des Wirtschafts- und Regionalmanagements (Referat 03) finanziert. Im Gegenzug werde dieser Betrag innerhalb des Wirtschaftsplans eingespart. Die Maßnahme sei somit aufwandsneutral für den Haushalt.

Hinsichtlich der in der Änderungsliste genannten 500.000 € für die Mittelstandsförderung gäbe es noch eine Änderung. Bisher seien 200.000 € im Ergebnishaushalt und 300.000 € im Finanzhaushalt dargestellt. Richtig sei die volle Summe von 500.000 € nur im Finanzhaushalt darzustellen, da es sich um eine Investitionsförderungsmaßnahme handele.

Beim Zuschuss für das JadeBay Regionalbudget käme es neben den in der Änderungsliste genannten zusätzlichen 87.000 € (2011 bis 2013) zu weiteren 182.000 € in 2011, 93.200 € in 2012, 35.800 € in 2013, 126.400 € in 2014 und 125.400 in 2015. **Herr Menzel** bot an, Herrn Breitzke zur Sitzung des Rates zu diesem Punkt einzuladen.

Herr Dr. von Teichman nannte 100.000 € für eine zweitägige Veranstaltung (NMK) als nicht tragbar und darüber hinaus unnötig. **Herr Tjaden** schloss sich dieser Auffassung an und war der Meinung, eine solche Konferenz könne allenfalls als gute „Reklame“ für die Stadt gewertet werden. Die Kosten hierfür sollten jedoch Bund und Land tragen. **Frau Aljets** widersprach und betonte die Bedeutung und die Vorteile der Ausrichtung der Konferenz in Wilhelmshaven.

Herr Menzel erläuterte, die NMK finde nur alle zwei Jahre statt, zuletzt 2009 in Rostock. Es handele sich um ein herausragendes Ereignis und eine einmalige Gelegenheit, den neuen Containerhafen bundesweit zu präsentieren. Die verabredete Kostenaufteilung sei nun einmal so, dass die ausrichtende Kommune 100.000 € trage und Bund und Land den Rest. So sei die Finanzierung auch in Rostock erfolgt.

5.5.2.2 Dezernat II - Erster Stadtrat Stoffers:

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief anschließend die dem Dezernat II (Erster Stadtrat Stoffers) zugehörigen Teilhaushalte auf.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.5.2.2.1 Teilhaushalt 10 - Zentrale Dienste

Herr Prof. Reuter sowie **Herr Dr. von Teichman** baten um Erläuterungen zu den in der Änderungsliste genannten „neutralen Umbuchungen“. **Fachbereichsleiter Valnion** stellte dar, es handele sich um Mietaufwendungen an den Eigenbetrieb GGS. Bisher seien diese Mietaufwendungen der verschiedenen Fachbereiche innerhalb der Kernverwaltung zentral im Teilhaushalt der „Zentralen Dienste (FB 10)“ veranschlagt und an GGS gezahlt worden. Im Zuge der produktgenauen Zuordnung aller Kosten innerhalb der Verwaltung im Rahmen der Umstellung auf die „Doppik“ sollen nun ab 2011 erstmalig die anteiligen Mietaufwendungen direkt von den betroffenen Fachbereichen an GGS gezahlt werden. Man erhoffe sich hiervon eine verbesserte Steuerungswirkung im Hinblick auf genutzte Büroflächen.

5.5.2.2.2 Teilhaushalt 30 - Recht

-keine Wortbeiträge-

5.5.2.2.3 Teilhaushalt 50 - Soziales

-keine Wortbeiträge-

5.5.2.2.4 Teilhaushalt 51 - Jugend

-keine Wortbeiträge-

5.5.2.2.5 Teilhaushalt 53 - Gesundheit

-keine Wortbeiträge-

5.5.2.3 Dezernat III - Stadtbaurat Kottek:

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief anschließend die dem Dezernat III (Stadtbaurat Kottek) zugehörigen Teilhaushalte auf.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (*bei Enthaltung Herrn Tjaden*)

5.5.2.3.1 Teilhaushalt 61 - Stadtplanung

-keine Wortbeiträge-

5.5.2.3.2 Teilhaushalt 63 - Bauordnung

-keine Wortbeiträge-

5.5.2.4 Dezernat IV - Stadtrat Dr. Gaul:

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief anschließend die dem Dezernat IV (Stadtrat Dr. Gaul) zugehörigen Teilhaushalte auf.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- (bei Ablehnung Herrn Tjaden)

5.5.2.4.1 Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten / Öffentl. Sicherheit und Ordnung

-keine Wortbeiträge-

5.5.2.4.2 Einrichtung eines Ordnungsdienstes**254/2010**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Prof. Reuter sowie **Herr Dr. von Teichman** teilten übereinstimmend mit, der Vorlage nicht zustimmen zu können, da der notwendige Finanzbedarf zur Einrichtung eines Ordnungsdienstes in der Vorlage nicht genannt sei.

Oberbürgermeister Menzel entgegnete, die Ermittlung des Finanzbedarfs sei ja genau das Ziel der Vorlage, schließlich handele es sich zunächst lediglich um einen Prüfauftrag an die Verwaltung. Die abschließende Entscheidung über die Errichtung eines Ordnungsdienstes sei damit nicht verbunden. Im Übrigen sei die Möglichkeit der Einrichtung eines städtischen Ordnungsdienstes bei den Klausurberatungen umfangreich dargestellt worden.

Es bestand im Ausschuss Einigkeit darüber, die Beschlussvorlage müsse in der nächsten Sitzung des FWM am 25.10.2010 erneut beraten werden, da diese erst als Tischvorlage vorgelegt wurde.

Beschluss: -vertagt-

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines Ordnungsdienstes zu prüfen, dessen Ansiedlung im Fachbereich 32 erfolgen soll. Alle Möglichkeiten der Finanzierung dieses Ordnungsdienstes, auch durch Dritte, sind zu überprüfen. Eine Vorlage soll im März 2011 dazu erfolgen.

5.5.2.4.3 Teilhaushalt 36 - Umwelt

Die Fragen von **Herrn Prof. Reuter** hinsichtlich der in der Änderungsliste (Pkt. 13) genannten neutralen Umbuchungen wurden von **Fachbereichsleiter Valnion** beantwortet. Inhaltlich handele es sich um die produktgenaue Zuordnung der an den Eigenbetrieb GGS abzuführenden Mieten. Bisher waren diese für den Teilhaushalt 36 gänzlich beim Produkt „Sicherung der Wasserqualität“ veranschlagt.

5.5.2.4.4 Teilhaushalt 37 - Brandschutz

Herr Prof. Reuter bat um Erläuterungen zu den in der Änderungsliste genannten Punkten 19 bis 34 (Rettungsdienst).

Herr Dr. Graul erläuterte, beim Rettungsdienst handele es sich insgesamt um eine kostenrechnende Einrichtung nach dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz (NKAG). Somit bestehe eine Verpflichtung zur Kostendeckung. Steigende Aufwendungen führten folglich stets zu Gebührenanhebungen und sinkende Aufwendungen zwingend zu Gebührensenkungen. Die in der Änderungsliste genannten Mehraufwendungen werden folglich durch die höheren Benutzungsgebühren kompensiert.

5.5.2.4.5 Teilhaushalt 40 - Bildung, Kultur, Sport

-keine Wortbeiträge-

Anschließend unterbrach die Vorsitzende, Frau Glaser, die Sitzung von 13:10h bis 14:10h.

5.5.2.5 Dezernat V / Sonderteilhaushalte:

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, rief anschließend die dem Dezernat V (Stadtkämmerer Hoff) zugehörigen Teilhaushalte auf.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.5.2.5.1 Teilhaushalt 20 - Finanzen

-keine Wortbeiträge-

5.5.2.5.2 Sonderteilhaushalt Konzern Stadt

-keine Wortbeiträge-

5.5.2.5.3 Sonderteilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft

-keine Wortbeiträge-

5.5.3 Stellenplan inkl. Veränderungen

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, bat um Wortmeldungen zum Stellenplan 2011/2012.

-keine Wortbeiträge-

5.5.4 Investitionsprogramm 2011 - 2015

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, bat um Wortmeldungen zum Investitionsprogramm.

Herr Neumann erinnerte an den Antrag seiner Fraktion zur weiteren Planung der sog. „Hafentorbrücke“. Dieser Antrag sei bereits im APB behandelt worden. Aus seiner Sicht drehe sich die Diskussion um die Grundsatzfrage, „Zunächst die Bereitstellung der Infrastruktur“ oder „Zunächst verbindliche Zusagen von Investoren“. Da er persönlich bereits von einem möglichen Investor im Bereich der Schleuseninsel angesprochen worden sei, dränge nun die Zeit. **Oberbürgermeister Menzel** entgegnete, von einem möglichen Investor in diesem Bereich sei ihm und auch der städtischen Wirtschaftsförderung bisher nichts bekannt.

Stadtbaurat Kottek verdeutlichte, eine Grundsatzentscheidung zum Bau der Hafentorbrücke sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht notwendig. Hilfreich wäre allenfalls ein Ratsauftrag zur Erstellung einer Orientierungsantrags. Eine solche müsse jedoch zwingend durch ein externes Büro erstellt werden, da innerhalb der Stadtverwaltung die notwendigen Kenntnisse für eine solche Planung nicht mehr vorhanden seien. Eine Orientierungsplanung würde die Stadt überhaupt erst in die Lage versetzen, GVFG-Mittel beantragen zu können. **Herr Neumann** fügte an, dass die Brücke seiner Überzeugung nach ohne einen hohen Prozentsatz einer Fremdförderung durch die Stadt allein keinesfalls zu realisieren sei.

Herr Neumann stellte daraufhin für die SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„In den Haushalt 2011/2012 (Finanzhaushalt sowie Investitionsprogramm) wird eine Summe von 25.000 € zur Erstellung eines Orientierungsantrags durch einen externen Dienstleister eingestellt.“

Ja: 5 Nein: 8 Enthaltungen: 0

-mehrheitlich abgelehnt-

5.5.5 Übersichten:

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, bat um Wortmeldungen zu den Übersichten „Verpflichtungsermächtigungen“, „Schulden“ und „Stiftungen“.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (bei Enthaltung Herrn Tjaden)

5.5.6 Wirtschaftspläne Eigenbetriebe:5.5.6.1 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von 231/2010
Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven
vom 29.06.2005 in der Fassung vom 26.11.2008

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman begrüßte die vorgeschlagene Gebührensenkung im Bereich der Abfallgebühren und lobte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die gute Arbeit der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt

die anliegende "Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Wilhelmshaven vom 29.06.2005 in der Fassung vom 26.11.2008".

5.5.6.2 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische 232/2010
zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom
19.11.1981 in der Fassung vom 25.03.2009

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt:

Die Gebührensätze der „Satzung über die Erhebung von Gebühren für die städtische zentrale Abwasseranlage der Stadt Wilhelmshaven vom 19.11.1981 in der Fassung vom 25.03.2009“ bleiben unverändert.

5.5.6.3 Satzung über Gebühren aus der Beseitigung von Abwässern aus 233/2010
Grundstücksabwasseranlagen der Stadt Wilhelmshaven vom
20.05.1987 in der Fassung vom 26.11.2008

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt: Die Gebührensätze der „Satzung über Gebühren für die Beseitigung von Abwässern aus Grundstücksabwasseranlagen (Gebührensatzung f. Grundstücksabwasseranlagen) der Stadt Wilhelmshaven vom 20.05.1987 in der Fassung vom 26.11.2008“ bleiben unverändert.

5.5.6.4 Wirtschaftsplan WEB 2011

235/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt den Wirtschaftsplan der Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe, Eigenbetrieb der Stadt Wilhelmshaven, für das Wirtschaftsjahr 2011 in der vorliegenden Fassung.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kredit-ermächtigung) wird auf 7.444.200,00 € festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 650.000,00 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite für das Wirtschaftsjahr 2011 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 6.000.000,00 € festgesetzt.

5.5.6.5 Antrag SPD-Fraktion: "Wiederaufnahme der Vorhaben 535/2010 "Sportplatz Freiligrathstraße" und "Grundstückserlös Triftweg" in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS"

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Antrag der SPD-Fraktion vor und bat **Herrn Barkowsky** um nähere Ausführungen. Dieser erläuterte den Antrag umfassend.

Herr Tjaden sowie **Herr Dr. von Teichman** stellten übereinstimmend die zügige Vermarktung der Grundstücke in Frage. Das Grundstücksgeschäft in Wilhelmshaven laufe derzeit insgesamt eher schleppend.

Herr Prof. Reuter signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion. **Herr Rech** betonte die günstige Lage der entstehenden Baugrundstücke. Daher stehe einer zügigen Vermarktung aus seiner Sicht nichts im Wege. **Herr Biehl** schloss sich dieser Auffassung ausdrücklich an und signalisierte für seine Fraktion ebenfalls Zustimmung.

Stadtrat Dr. Graul zeigte sich verwundert über die stattfindende Diskussion. Bei der Entscheidung über einen Kunstrasenplatz im Stadtnorden vor einiger Zeit kam es seinerzeit zu überhaupt keiner Diskussion. Damals ginge es immerhin um einen Investitionszuschuss von 600.000 € aus dem städtischen Haushalt. Man solle hier nun nicht eine mögliche Grundstücksvermarktung „schlecht reden“, nur weil man einen weiteren Kunstrasenplatz an dieser Stelle verhindern möchte. Im Übrigen sei der Antrag hier insgesamt überflüssig, da die Gesamtmaßnahme bereits im Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes GGS eingeplant sei.

Herr Tjaden stellte die Frage nach den denkbaren Grundstückspreisen im entstehenden Baugebiet. **Betriebsleiter Leinert** entgegnete, es würden ca. 35 Baugrundstücke entstehen, welche realistisch zu je 100 €/qm innerhalb eines Zeitraumes von ca. 5 Jahren veräußert werden könnten.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt- (bei Ablehnung FDP, Enthaltung Herrn Tjaden)

Die von der Verwaltung im Wirtschaftsplan 2011 der GGS vorgesehenen Vorhaben „Sportplatz Freiligrathstraße“ unter der Produktnummer 11.17.06 und „Grundstückserlös Triftweg“ sind in das Investitionsprogramm wieder wie ursprünglich vorgesehen aufzunehmen.

5.5.6.6 Antrag SPD-Fraktion: "Aufnahme der Gesamtinvestition i.H.v. 536/2010 700.000 € für die Erneuerung des Sportplatzes an der Güterstraße mit 10%-iger Eigenbeteiligung des Verein in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS"

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Antrag der SPD-Fraktion vor und bat **Herrn Barkowsky** um nähere Ausführungen. Dieser erläuterte den Antrag umfassend. Die Wiederherstellung des Schlackeplatzes an der Güterstraße sei nicht zukunftsfähig, ein Kunstrasenplatz sei an dieser Stelle notwendig. **Herr Tjaden** schloss sich dieser Auffassung an.

Frau Bauermeister nannte es unverständlich, angesichts der Haushaltslage zusätzliche 700.000 € für einen weiteren Kunstrasenplatz an der Güterstraße auszugeben. **Herr Prof. Reuter** war derselben Meinung. **Herr Biehl** nannte die Sanierung des vorhandenen Schlackeplatzes an der Güterstraße als absolut ausreichend.

Herr Dr. Graul wies darauf hin, dass ein Schlackeplatz auch heute noch aktueller Standard auf den meisten Plätzen in vielen Kommunen sei. Die Verwaltung schlage daher vor, den Platz an der Güterstraße lediglich wiederherzustellen und zukünftig einen Weiteren Kunstrasenplatz stattdessen auf dem städtischen Platz am Sportforum zu bauen. Dieses sei wesentlich günstiger darstellbar.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt- (bei Zustimmung SPD u. Herrn Tjaden, Ablehnung CDU/FDP)

Die Gesamtinvestition in Höhe von 700.000 € für die Erneuerung des Sportplatzes (Kunstrasen) an der Güterstraße ist in den Wirtschaftsplan 2011 der GGS aufzunehmen mit zehnprozentiger Eigenbeteiligung des Vereins verteilt auf die Nutzungszeit. Die sanierte Anlage ist dann als städtische Liegenschaft dem Verein zur Pflege und Wartung zu übertragen.

5.5.6.7 Antrag SPD-Fraktion: "Erstellung eines Gesamtkonzeptes zur Verbesserung der Wasserqualität des Banter Sees sowie Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel" **537/2010**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Antrag der SPD-Fraktion vor und bat **Herrn Barkowsky** um nähere Ausführungen. Dieser erläuterte den Antrag umfassend und stellte dabei insbesondere die aus seiner Sicht erforderliche Erstellung eines unabhängigen Gutachtens dar.

Herr Rech vertrat die Auffassung, es sei insgesamt in den vergangenen Jahrzehnten bereits sehr viel Geld zur Sanierung bzw. für die Erforschung der Problemlagen des Banter Sees ausgegeben worden. Das Grundproblem sei dabei kaum zu beeinflussen. Dieses läge in den noch aus Kriegszeiten vorhandenen Altlasten im See und auf den Grundstücken um den See herum. Eine denkbare Lösung bestehe aus seiner Sicht darin, den See teilweise zuzuschütten und rund um das Ufer Schilfrohr anzubauen.

Herr Prof. Reuter hielt ein neues Gutachten für nicht erforderlich. Es lägen bereits eine Vielzahl von Daten aus den letzten 25 Jahren vor. Zunächst sei eine Zusammenführung aller bisherigen Erkenntnisse in eine Unterlage erforderlich. Seine Fraktion werde den Antrag daher ablehnen.

Herr Biehl resümierte, alle Mitglieder des Rates stimmten in ihrer Zielsetzung im Bezug auf den Banter See überein. Unklarheit bestehe lediglich in den erforderlichen Maßnahmen. Er warnte dabei vor Aktionismus und schlug vor, zunächst durch das städtische Umweltamt eine Art „Fahrplan“ für die weitere Vorgehensweise erstellen zu lassen.

Stadtkämmerer Hoff mahnte an, sich zunächst im Rat über eine generelle Zielsetzung für den Banter See einig zu werden. Eine „Badewasserqualität“ werde sich unter keinen Umständen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt erreichen lassen.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt- (bei Zustimmung SPD u. Herrn Tjaden, Ablehnung CDU/FDP)

Die Verwaltung lässt extern ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der Wasserqualität des Banter Sees erstellen und setzt dieses um. Für die notwendigen Maßnahmen sind im städtischen Haushalt 2011 die erforderlichen Finanzmittel zweckgebunden mit Sperrvermerk einzusetzen. Dabei ist die Finanzierung der Maßnahmen durch Fördermittel zu prüfen. Weiterhin erfolgt eine Bestandsaufnahme sowie das Verbot illegaler Einleitungen in den Banter See.

5.5.6.8 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes GGS 2011

216/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Kreditaufnahmen für Investitionen sind in Höhe von 8.508.000 € vorgesehen. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 4.293.300 € festgesetzt. **Ergänzung lt. Beschluss des BGGS:**

Im Investitionsprogramm sind beim Produkt 11.17.06 die Vorhaben Güterstraße und Freiligrathstraße zu streichen

Anschließend unterbrach die Vorsitzende, Frau Glaser, die Sitzung von 16:15h bis 16:30h.

5.5.6.9 Wirtschaftsplan 2011 der Städtischen Datenverarbeitung 204/2010 Wilhelmshaven

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2011 der Städtischen Datenverarbeitung Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

5.5.6.10 Wirtschaftsplan 2011 Eigenbetrieb Straße und Grün **225/2010**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes Straße und Grün in Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Sollten sich aus den Beschlüssen des Rates der Stadt Wilhelmshaven in der Sitzung vom 27.10.2010 Änderungen in der Höhe der Einnahmen und / oder Ausgaben ergeben, sind die Zahlen des vorliegenden Wirtschaftsplans um diese Änderungen zu ergänzen / korrigieren. Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird auf 424.737 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 2.300.000 € festgesetzt.

5.5.7 Wirtschaftspläne Gesellschaften:5.5.7.1 Wirtschaftsplan 2011 der Volkshochschule und Musikschule 245/2010 Wilhelmshaven gGmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichmann bemängelte generell den Detailierungsgrad des vorgelegten Wirtschaftsplanes.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2011 der Volkshochschule und Musikschule Wilhelmshaven gGmbH wird, vorbehaltlich der Beschlussfassung zu Punkt 1.3 des Haushaltssicherungskonzeptes, zugestimmt.

5.5.7.2 Wirtschaftsplan 2011 der WFG Wirtschaftsförderung in 244/2010 Wilhelmshaven GmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff teilte einige Korrekturen hinsichtlich des Wirtschaftsplanes mit (Nationale Maritime Konferenz, Zuschuss Jade Bay GmbH, Mittelstandsförderung, vgl. Seite 10, Pkt. 5.5.2.1.4).

Herr Dr. von Teichman teilte mit, seine Fraktion werde den Wirtschaftsplan bereits aus Gründen der seiner Ansicht nach bestehenden Unübersichtlichkeit ablehnen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

5.5.7.3 Wirtschaftsplan 2011 der WTF GmbH

-vertagt-

Beschluss: -vertagt-

5.5.7.4 Wirtschaftsplan 2011 der WTF-Stadtwerke GmbH**243/2010**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2011 der WTF Stadtwerke GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 4.047.300 € wird zugestimmt.

Der Verlust der WTF Stadtwerke GmbH ist durch eine Zahlung aus dem städtischen Haushalt auszugleichen.

5.5.8 Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2011

239/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman zitierte aus dem Haushaltssicherungsbericht zu den vom Rat beschlossenen Maßnahmen Verkauf Fleischzentrum, Verkauf Flugplatz, Verkauf Parkhaus im Zentrum sowie Vermarktung der Grundstücke Luisenstraße und Deichstraße. Er richtete an die Verwaltung die Frage, wie diese die Chance zur Umsetzung dieser Maßnahmen einschätze.

Herr Hoff antwortete wie folgt:

Fleischzentrum / Flugplatz: Die Mitgesellschafter zeigten bisher wenig Bereitschaft für einen Erwerb. Möglicherweise wäre jedoch beim Fleischzentrum eine andere Finanzierung denkbar.

Deichstraße / Luisenstraße: Eine Veräußerung zum Buchwert oder gar über Buchwert zeichne sich derzeit nicht ab. Im Falle einer Veräußerung unter Buchwert führe dies zu Sonderabschreibungen, welche den Jahresverlust erhöhen.

Parkhaus im Zentrum: Es liegt ein Angebot vor, welches jedoch zur Bedingung habe, zusätzlich städtische Parkflächen im Bereich der Bahnhofsstraße zu veräußern. Diese Bedingung erscheint der Verwaltung als unannehmbar.

Stadtkämmerer Hoff führte ferner aus, das Rechnungsprüfungsamt sei in seiner Beurteilung der Lage zur Umsetzung der bereits beschlossenen Maßnahmen zur Haushaltssicherung nicht weit entfernt von der Beurteilung durch den Fachbereich Finanzwirtschaft. Die in der Stellungnahme des RPA genannten Anmerkungen zielten seiner Auffassung nach gänzlich in Richtung Rat und nicht in Richtung Verwaltung.

Herr Dr. von Teichman sah in der Stellungnahme des RPA zum Haushaltssicherungsbericht ein Argument zur Einrichtung eines Rechnungsprüfungsausschusses. **Herr Hoff** erinnerte daran, dass ein entsprechender Antrag der FDP-Fraktion keine Mehrheit im Rat gefunden habe. Bei Bedarf könne jedoch in den Sitzungen des FWM ein Tagesordnungspunkt „Angelegenheiten der Rechnungsprüfung“ aufgenommen werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt den Haushaltssicherungsbericht zum Haushalt 2011 und nimmt die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis.

5.5.9 Haushaltssicherungskonzept 2011:

5.5.9.1 HSK: Lfd. Nr. 1.1: Kunsthalle

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman erinnerte daran, dass bereits im HSK 2010 eine Kürzung der Zuschüsse um 10.000 € vom Rat beschlossen wurde. Lt. vorliegendem Haushaltssicherungsbericht sei diese Kürzung bisher jedoch nicht vollzogen worden. Eine weitere, höhere Kürzung des städtischen Zuschusses an die Kunsthalle mache insbesondere vor diesem Hintergrund keinen Sinn. Im Übrigen sei dieser Vorschlag auch bereits im Kulturausschuss abgelehnt worden.

Beschluss: -einstimmig abgelehnt-

5.5.9.2 HSK: Lfd. Nr. 1.2: Botanischer Garten

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig abgelehnt-

5.5.9.3 HSK: Lfd. Nr. 1.3: VHS/MS gGmbH

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff vertrat die Auffassung, dass eine Vorgabe für eine Verbesserung (*Mehrerträge / Minderaufwendungen*) von lediglich 1,5% im Bezug auf das Gesamtbudget des Wirtschaftsplanes 2011 auch von der VHS/MS gGmbH abverlangt werden könne.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, die VHS/MS gGmbH erreiche bereits eine sehr hohe Refinanzierungsquote durch externe Dritte, welche in ihrem Umfang sogar bundesweit ihresgleichen suche. Der städtische Zuschuss an die Gesellschaft sei im Bezug auf das Gesamtbudget aus seiner Sicht bereits recht gering.

Frau Glaser wies darauf hin, dass es sich bei dem Kürzungsvorschlag inhaltlich um den Wegfall der Erstattung der tariflichen Personalkosten-erhöhung durch die Stadt an die Gesellschaft handele. Diese müssten schließlich von allen anderen städtischen Gesellschaften eigenständig getragen werden.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.5.9.4 HSK: Lfd. Nr. 2.1: SGW: Parkraumbewirtschaftung Mellumstraße / Metzer Weg

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

5.5.9.5 HSK: Lfd. Nr. 2.2: SGW: Parkraumbewirtschaftung Virchow- / Allerstraße

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

5.5.9.6 HSK: Lfd. Nr. 2.3: SGW: Parkraumbewirtschaftung Weserstr. (Virchowstr./Jadeallee)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

5.5.9.7 HSK: Lfd. Nr. 2.4: SGW: Aufgabe der Gärtnerei

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Neumann verdeutlichte, bei Aufgabe der Gärtnerei könne in diesem Bereich durch den Eigenbetrieb SGW auch keine Ausbildung mehr stattfinden. Schon aus diesem Grund werde seine Fraktion den Vorschlag ablehnen.

Herr Dr. von Teichman entgegnete, in diesem Bereich bestehe durch den städtischen Betrieb auch eine Konkurrenzsituation zur Privatwirtschaft. Eine Gärtnerei müsse nicht zwingend durch eine Stadtverwaltung vorgehalten werden. Eine Fremderledigung durch ortsansässige Gärtnereien sei ohne Weiteres denkbar und eventuell sogar kostengünstiger.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.5.9.8 HSK: Lfd. Nr. 2.5: SGW: Abschaltung der Straßenbeleuchtung (00.00 - 6.00 Uhr)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Prof. Reuter nannte die zeitweise Abschaltung der Straßenbeleuchtung einerseits, sowie die Einrichtung eines städtischen Ordnungsdienstes andererseits, contraproduktiv. Von daher werde seine Fraktion den Vorschlag ablehnen.

Herr Tjaden stimmte Herrn Prof. Reuter in Teilen zu, stellte jedoch die Frage, ob nicht zum Beispiel nur jede zweite Straßenlaterne abgeschaltet werden könne. **Stadtbaurat Kottek** nannte eine solche Vorgehensweise riskant. Durch das ständige „hell, dunkel, hell, dunkel“ entstünde für den Autofahrer ein gefährlicher Stroboskopeffekt.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.5.9.9 HSK: Lfd. Nr. 2.6: SGW: Abschaltung der Brunnen in Grünanlagen

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.5.9.10 HSK: Lfd. Nr. 2.7: SGW: Abschaltung der Brunnen Bahnhof-/ Rheinstraße / Bismarckplatz

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.5.9.11 HSK: Lfd. Nr. 2.8: SGW: Veranlagung des Winterdienstes

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtbaurat Kottek erläuterte, die Veranlagung des Winterdienstes sei rechtlich zulässig, jedoch problematisch, da die Anwohner an Straßen mit Winterdienst dann mehr zahlen müssten als Anwohner an Straßen ohne Winterdienst.

Stadtkämmerer Hoff fügte hinzu, bei der Straßenreinigung, inkl. Winterdienst, handele es sich um einen Gebührenhaushalt nach dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz (NKAG). Nach diesem Gesetz sei die Kommune grds. zu vollständig kostendeckenden Gebühren verpflichtet. Die Erhebung

eines, wie von **Frau Aljets** vorgeschlagenen „Winterpfennigs“ für alle BürgerInnen, sei nach NKAG nicht zulässig.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.5.9.12 HSK: Lfd. Nr. 2.9: SGW: Verzicht auf Auszubildende in der Gärtnerei

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.5.9.13 HSK: Lfd. Nr. 2.10: SGW: Kostendeckende Gebühren Friedhöfe

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman nannte den Vorschlag zur Erhebung von kostendeckenden Friedhofsgebühren als zu allgemein gefasst. Es fehle an Details um einem solchen Vorschlag zustimmen zu können.

Stadtbaurat Kottek stellte klar, bei einer generell kostendeckenden Gebührenerhöhung würden künftig einige Produkte/Dienstleistungen der städtischen Friedhöfe wahrscheinlich gar nicht mehr nachgefragt werden. Denkbar sei jedoch die Anhebung einiger Teilbereiche. Hier sei ein Mehrertrag von 60.000 bis 70.000 € erzielbar. Die Vorlage einer veränderten Gebührensatzung könne bereits im November 2010 erfolgen. Er schlug daher vor, den Vorschlag der Verwaltung von einer Verbesserung von 261.000 € p.a. auf lediglich 61.000 € p.a. zu reduzieren.

Der Ausschuss erklärte sich mit dieser Änderung ausdrücklich einverstanden.

Beschluss: -geändert- -mehrheitlich zugestimmt-

5.5.9.14 HSK: Lfd. Nr. 2.11: Bündelung von Aufgaben in der AöR

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.5.9.15 HSK: Lfd. Nr. 2.12: WTF-S: Schließung Freibad Nord ab 2012

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Tjaden sowie **Herr Prof. Reuter** sprachen sich gegen eine mögliche Schließung aus.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.5.9.16 HSK: Lfd. Nr. 3.1: Grundsteuer B: Hebesatzerhöhung von 410 auf 430 v.H. ab 2011

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

5.5.9.16.1 Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der 240/2010 Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die beigefügte Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze in der Stadt Wilhelmshaven (Hebesatzsatzung).

5.5.9.17 HSK: Lfd. Nr. 3.2: Hundesteuer: Erhöhung der Steuersätze ab 2011

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.5.9.17.1 Änderung der Hundesteuersatzung (Anhebung der Steuersätze) 252/2010

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Wilhelmshaven vom 17.11.1994 in der Fassung vom 01.01.2002.

5.5.9.18 HSK: Lfd. Nr. 4.1: Reduzierung der jährlichen Sitzungshäufigkeit in den Fachausschüssen

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Auf die Frage von **Herrn Tjaden**, wie eine Reduzierung umgesetzt werden könne, schlug **Stadtkämmerer Hoff** vor, künftig in den einzelnen Fachausschüssen statt generell 12 Sitzungen im Jahr beispielsweise nur noch 6 Sitzungen im Jahr durchzuführen.

Herr Tjaden sowie **Herr Dr. von Teichman** stimmten darin überein, dass bereits heute die Sitzungen lediglich bedarfsgerecht durchgeführt würden. Der Vorschlag sei daher abzulehnen.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt- (bei Zustimmung Herr Tjaden)

5.5.9.19 HSK: Lfd. Nr. 4.2: Reduzierung der Fachausschüsse / -beiräte durch Zusammenlegung. Alternativ: Kürzung der Aufwandsentschädigungen aus Ratstätigkeit um 25%

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt- (bei Zustimmung Herr Tjaden)

5.5.9.20 HSK: Lfd. Nr. 4.3: Kürzung der Aufwandsentschädigung in Aufsichtsräten um 25%, bzw. Herabsetzung der Selbstbehaltsgrenze aus § 111 Abs. 7 und 8 NGO

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman stellte fest, in einigen Aufsichtsräten werden recht hohe Aufwandsentschädigungen gezahlt, in vielen anderen jedoch recht niedrige. Er stelle aus diesem Grund den Änderungsantrag, die vorgeschlagene Kürzung nur bei den höheren Aufwandsentschädigungen umzusetzen. Desweiteren schlug er vor den Kürzungsvorschlag im Ältestenausschuss zu behandeln.

Ja: 3 Nein: 9 Enthaltungen: keine
-mehrheitlich abgelehnt-

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, ließ daraufhin über den unveränderten Vorschlag abstimmen:

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt- (bei Zustimmung Herr Tjaden)

5.5.9.21 HSK: Lfd. Nr. 4.4: Papierlosen Sitzungsdienst zur nächsten Legislaturperiode umsetzen

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.5.9.22 HSK: Lfd. Nr. 4.5: Reduzierung der Migrationsberatung

-bereits im Haushalt veranschlagt-

5.5.9.23 HSK: Lfd. Nr. 4.6: Dezernatsverteilung: Reduzierung auf nur noch 3 Dezernate (inkl. OB)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.5.9.24 HSK: Lfd. Nr. 4.7: Erlass einer Straßenausbaubeitragssatzung

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff erläuterte, bei einem positiven Beschluss des Rates entstünde im Ergebnishaushalt ein erheblicher Zinsvorteil. Die Verwaltung werde hierfür einen entsprechenden Satzungsentwurf erarbeiten und in den Fachausschüssen vorstellen.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.5.9.25 HSK: Lfd. Nr. 4.8: Parkraumbewirtschaftung: Ausweitung der Parkzeiten auf 20 Uhr

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5.5.9.26 HSK: Lfd. Nr. 4.9: Parkraumbewirtschaftung: Mindestparkzeit von 1 Std.

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig abgelehnt-

5.5.9.27 HSK: Lfd. Nr. 4.10: Rotlichtblitzanlagen

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman wies auf den Umstand hin, dass die Verkehrsüberwachung generell nicht der Generierung von Erträgen dienen darf. Zulässig sei dies nur als ordnungspolitische Maßnahme. **Herr Prof. Reuter** entgegnete, die vorgeschlagene Maßnahme diene eben nicht nur dazu, höhere Erträge zu generieren. Er vermisse jedoch konkrete Unterlagen der Verwaltung, welche die Notwendigkeit der Maßnahme nachweise.

Herr Biehl sah die Notwendigkeit der Errichtung von weiteren Rotlichtblitzanlagen in jedem Fall gegeben. **Herr Tjaden** stellte die Frage, ob die neuen Anlagen nur an Kreuzungen mit Unfallschwerpunkten eingerichtet werden würden.

Herr Dr. Graul bekräftigte, es ginge ausschließlich um Kreuzungen mit Unfallschwerpunkten. Konkret ginge es bei der Maßnahme um die Beschaffung einer neuen Kamera, welche dann in verschiedenen aufgestellten „Kästen“ rotieren werde.

Stadtkämmerer Hoff wies darauf hin, dass die Rentabilität auch solcher Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept nachgewiesen werden müssen, um eine Haushaltsgenehmigung erreichen zu können.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.5.9.28 HSK: Lfd. Nr. 4.11: Intensivierung Geschwindigkeitsmessungen

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.5.9.29 HSK: Lfd. Nr. 4.12: Politessendienst analog der Ladenöffnungszeiten bis 20 Uhr ausweiten

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtrat Dr. Graul erläuterte, der Vorschlag könne ohne zusätzliche Personalkosten umgesetzt werden. Notwendig sei lediglich eine veränderte Einsatzplanung des vorhandenen Personals.

Beschluss: -einstimmig abgelehnt-

5.5.9.30 HSK: Lfd. Nr. 4.13: Aufgabe Schulverkehrsgarten (Vermarktung Grundstück)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Dr. von Teichman vertrat die Auffassung, der Schulverkehrsgarten werde nicht unbedingt benötigt. Verkehrsunterricht könne an den Schulen auch ohne eine solche Einrichtung durchgeführt werden. Fraglich sei für ihn jedoch, ob das Grundstück einer Vermarktung zugeführt werden könne. Er schlug daher vor, den Verkehrsgarten erst dann aufzugeben, wenn genügend Interessenten für die entstehenden Baugrundstücke gefunden seien.

Herr Dr. Graul teilte mit, der Schulausschuss habe dem Vorschlag im Vorfeld bereits zugestimmt. Der Vorschlag sei jedoch zunächst lediglich als Prüfauftrag an die Verwaltung zu verstehen. Ein Verkehrsunterricht werde an den Schulen, sowohl theoretisch als auch praktisch, natürlich auch weiterhin erfolgen. Ein Schulverkehrsgarten sei hierfür nicht zwingend erforderlich, der Landkreis Friesland verfüge beispielsweise nicht über eine solche Einrichtung.

Beschluss: -einstimmig abgelehnt-

5.5.9.31 HSK: Lfd. Nr. 4.14: Büro- und Schulflächen auf anerkannte Durchschnittswerte zurückfahren

-bereits im Haushalt veranschlagt-

5.5.9.32 HSK: Lfd. Nr. 4.15: Zweitwohnungssteuer (Hebesatz 10% Jahreskaltmiete)

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff kündigte an, eine entsprechende Steuersatzung könne von der Verwaltung noch im November 2010 vorgelegt werden, sofern der Vorschlag zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer im Rat die Mehrheit finde. Derzeit seien ca. 4.700 Personen mit Zweitwohnsitz angemeldet. Hiervon ergäben sich schätzungsweise 1.000 Steuerpflichtige. Der zu erzielende Steuerertrag werde derzeit auf ca. 200.000 bis 250.000 € p.a. geschätzt.

Fachbereichsleiter Valnion ergänzte, eine Zweitwohnungssteuer sei bereits in vielen anderen Kommunen eingeführt worden (*Anm. zu Protokoll: Z.B. Hannover, Cuxhaven, Norden, Hildesheim, Goslar, Wittmund*). Als Hebesatz für die Zweitwohnungssteuer werde von der Verwaltung 10% der jeweiligen

Jahreskaltmiete vorgeschlagen. Positiver Nebeneffekt einer Zweitwohnungssteuer könne die Ummeldung einiger betroffener Personen auf den Erstwohnsitz in Wilhelmshaven sein. In diesem Falle entfielen eine Steuerpflicht und die Stadt profitiere von erhöhten Schlüsselzuweisungen von ca. 500 € p.a. je Erstwohnsitz.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

5.5.9.33 HSK: Lfd. Nr. 4.16: Schulden- / Cashmanagement

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Anschließend unterbrach die Vorsitzende, Frau Glaser, die Sitzung von 18:40h bis 18:50h.

5.5.9.34 HSK: Lfd. Nr. 4.17: Auflösung der (fakultativen) Aufsichtsräte

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Erster Stadtrat Stoffers erläuterte, Ziel des Vorschlages sei eine verbesserte Steuerung im Konzern Stadt. Ohne Aufsichtsräte entstehe ein uneingeschränktes Weisungsrecht des Rates gegenüber den Gesellschaften. Die Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman**, ob in diesem Fall nicht alle Gesellschaftsverträge geändert werden müssten, wurde vom **Stadtkämmerer Hoff** bejaht.

Herr Hoff wies ferner darauf hin, zur Optimierung der Konzernsteuerung blieben letztlich nur wenige Optionen. Die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR), die Rückführung einiger Gesellschaften in die Kernverwaltung, die Auflösung, Verschmelzung bzw. der Verkauf von Gesellschaften oder als letzte Möglichkeit die Abschaffung der fakultativen Aufsichtsräte. Die Steuerung erfolge dann in Form von konkreten Weisungen und Zielvorgaben direkt vom Rat. Die Gesellschafterversammlungen sollten in diesem Fall grds. nur aus dem Oberbürgermeister und/oder dem Stadtkämmerer bestehen.

Herr Dr. von Teichman vertrat die Auffassung, der Rat müsse dann vermutlich wöchentlich tagen, um diese Arbeit leisten zu können. Außerdem sei es nicht vertretbar, die Aufsichtsräte nur um der Finanzen Willen aufzulösen. Wenn überhaupt könne dies nur im Rahmen eines gänzlich neuen Steuerungskonzeptes geschehen. Da ein solches jedoch nicht vorliege, könne seine Fraktion dem Vorschlag nicht zustimmen.

Herr Prof. Reuter sah die Gefahr, mit der Auflösung der Aufsichtsräte das stärkste Argument zur Errichtung der AöR aufzugeben. Seine Fraktion plädierte jedoch nach wie vor für die AöR. Aus diesem Grund werde man dem hier vorgelegten Vorschlag nicht folgen.

Beschluss: -einstimmig abgelehnt-

5.5.9.35 HSK: Lfd. Nr. 4.18: Auflösung / Zentralisierung der HBG ab 2012

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff erläuterte, seitens der Verwaltung bestehe die Absicht, alle Hafenaktivitäten auf eine einzige Gesellschaft zu verlagern. Danach sei die Fortführung der HBG obsolet.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.5.9.36 HSK: Lfd. Nr. 4.19: Verkauf der KVG

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff informierte, die Verwaltung stehe bereits in Vorverhandlungen über einen möglichen Verkauf der KVG. Genauere Zahlen könnten jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht genannt werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.5.9.37 HSK: Lfd. Nr. 4.20: Prüfung Mehrerlösmöglichkeiten RNK, Senioren-Wohn-&-Dienstleistungs- und Pflegezentrum gGmbH u.a.

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig abgelehnt-

5.5.9.38 HSK: Lfd. Nr. 4.21: Prüfung Mehrerlösmöglichkeiten GEW

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff erläuterte, es bestünde die Möglichkeit der Beteiligung an der sog. „Kom9“, also als kommunaler Gesellschafter an der Thüga. Eine solche Entscheidung müsse jedoch zwingend noch vor Ablauf des Jahres getroffen werden. Da es sich um eine insgesamt rentierliche Investition handele, stehe einer für diese Maßnahme notwendigen Kreditaufnahme nichts entgegen.

Auf die Frage von **Herrn Prof. Reuter**, ob eine solche Entscheidung nicht einzig durch den Aufsichtsrat der Stadtwerke getroffen werden könne, entgegnete **Herr Hoff**, aufgrund der notwendigen Kreditaufnahme im Wirtschaftsplan der Stadtwerke sei in jedem Fall die Zustimmung des Rates erforderlich.

Herr Neumann erinnerte daran, dass es sich hier im Moment lediglich um einen Prüfauftrag handle, nicht um eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit. Für einen Prüfauftrag signalisiere er die Zustimmung seiner Fraktion.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.5.9.39 HSK: Lfd. Nr. 4.22: Auflösung / Verkauf der Grund und Bau GmbH & Co.KG ab 2015; kostendeckende Mieten

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff erläuterte, eine Veräußerung mache erst bei verbesserter Marktlage im Rahmen der Inbetriebnahme des JadeWeserPorts Sinn. **Herr Dr. von Teichman** wies auf die bilanzielle Überschuldung des Unternehmens hin und plädierte daher für einen möglichst baldigen Verkauf der Gesellschaft.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (*bei Enthaltung FDP*)

5.5.9.40 HSK: Lfd. Nr. 4.23: Auflösung der Beteiligungsgesellschaft ab 2015

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff erläuterte, zunächst sei die Verschmelzung der Wirtschaftsförderungsgesellschaften vorgesehen. Im Anschluss an diese Verschmelzungen bestehe aus rechtlichen Gründen eine 5jährige Frist, bevor die Beteiligungsgesellschaft aufgelöst werden könne. Frühestens sei also 2015 vorstellbar.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt- (*bei Enthaltung FDP*)

5.5.9.41 HSK: Lfd. Nr. 4.24: Auflösung der EWS

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.5.9.42 HSK: Lfd. Nr. 4.25: Auflösung der Fahrbetriebsgesellschaft

-Beschlüsse bereits gefasst-

5.5.9.43 HSK: Lfd. Nr. 4.26: Auflösung WGG ab 2014

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

Stadtkämmerer Hoff erläuterte, die WGG könne bei einem positiven Beschluss des Rates mit dem Eigenbetrieb GGS verschmolzen werden. Zuvor müssten jedoch noch Fragen im Zusammenhang mit den Kreditaufnahmen der WGG für die Sanierung der K.-W.-Brücke geklärt werden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.5.9.44 HSK: Lfd. Nr. 4.28: Verwaltungsinterne Optimierungen

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug den Vorschlag der Verwaltung zum HSK 2011 vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

5.5.10 Haushaltssatzung 2011/2012**238/2010**

Die Vorsitzende, **Frau Glaser**, trug Beschlussvorlage sowie Begründung vor und bat um Wortmeldungen.

-keine Wortbeiträge-

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2011 / 2012 einschließlich des Haushaltsplanes, des Haushaltssicherungsberichtes, des Haushaltssicherungskonzeptes und des Investitionsprogramms unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen und Haushaltsvermerke sowie der Anlagen zum Haushaltsplan.

6 Mitteilungen und Anfragen

-keine-

Anmerkung zu Protokoll:

*Aktualisierte Fassungen der Änderungsliste zum Haushalt 2011 / 2012, zum Haushaltssicherungskonzept sowie der Haushaltssatzung, jeweils mit Stand „nach FWM“, sind diesem Protokoll als **Anlagen** beigelegt.*

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 19:40 Uhr

Hoff
Stadtkämmerer

Glaser
Vorsitzende

Engesser
Protokollführer